



WIR BLEIBEN DRAN!

Handlungsfähiger Sozialstaat:

GUTE BEDINGUNGEN FÜR BILDUNG!

Bessere Finanzausstattung der Kommunen
und des Landes!

Vor den Kommunalwahlen werden wir wieder viele gute Reden hören. In den Wahlkampfbroschüren werden wir lesen, wie wichtig eine gute Bildung ist. Gleichzeitig werden wir bei konkreten Erwartungen immer wieder zu hören bekommen, dass leider kein Geld da sei. Deshalb melden wir uns auch vor den Kommunalwahlen zu Wort. Angesichts der vielen zusätzlichen Aufgaben, die Kitas und Schulen bewältigen sollen, fordert die GEW alle politisch Verantwortlichen (Abgeordnete in Stadt, Kreis und Land, schwarz-grüne Landesregierung, Kreisausschüsse und Magistrate) nachdrücklich auf, ihren Worten Taten folgen zu lassen und die Abwertungsspirale der pädagogischen Profession endlich zu stoppen.

Im Jahr 2015 waren viele Betroffene dieser fortgesetzten Abwertung in Hessen auf der Straße und im Streik:

- Beschäftigte des Sozial- und Erziehungsdienstes streikten vier Wochen lang für eine faire Bezahlung und eine Aufwertung ihrer Arbeit. Der Streik stieß auf viel Sympathie in der Öffentlichkeit.
- Beamtinnen und Beamte protestierten gegen die Weigerung der Landesregierung, die Tariferhöhungen für die Angestellten auf sie zu übertragen. Stattdessen verordnete die schwarz-grüne Landesregierung den Polizistinnen und Polizisten, Lehrkräften oder Forstbeamtinnen und -beamten eine 18-monatige Nullrunde. Verbeamtete Lehrerinnen und Lehrer traten deshalb in einen eintägigen Streik und werden jetzt mit massenhaften Disziplinarverfahren überzogen.
- Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrerinnen und Lehrer haben gemeinsam u.a. gegen die Stellenkürzungen in der Oberstufe und der Grundschule und den maroden Zustand der Schulgebäude auf vielfältige Weise demonstriert und protestiert.

AKTIONSTAG am 3. März 2016

Demonstrationen und Kundgebungen

Frankfurt: 15.30 Auftakt, DGB Haus (W.-Leuschner-Str.) | 16.15 Kundgebung, Alte Oper

Kassel: 15.30 Auftakt, Staatstheater | 16.30 Kundgebung, Opernplatz

Ob kommunale Arbeitgeber oder Landesregierung – ihre Antworten auf diese Forderungen waren immer wieder dieselben: Die Beschäftigten sollen dafür sorgen, dass die Schulden abgebaut werden. Doch die Folgen dieser verfehlten Politik haben nicht nur die Beschäftigten in den pädagogischen und sozialen Einrichtungen zu tragen. Auch die Kinder und Jugendlichen und ihre Eltern spüren die Auswirkungen eines Staates, der sich in der Vergangenheit durch eine unausgewogene Steuerpolitik zugunsten von Unternehmen und Vermögenden selbst arm gemacht hat. Damit muss Schluss sein.

Zur „Schuldenbremsenpolitik“ und zur landesweiten Haushaltssanierung durch „Notopfer“ der Beschäftigten, Abbau von Standards und Nichterfüllung von notwendigen Entwicklungen gibt es sehr wohl Alternativen. Der finanzielle Spielraum der öffentlichen Hand muss deutlich erweitert werden. Die derzeit zu verzeichnenden Steuermehreinnahmen reichen da bei Weitem nicht aus. Wir setzen uns für ein sozial gerechteres Steuersystem ein – **Steuern sind zum Steuern da**. Und die Gewerkschaften können rechnen: Die Wiedererhebung der Vermögensteuer, eine moderate Erhöhung der Erbschaftsteuer für vermögende Erben und der Ausbau und Umbau der Gewerbe- zu einer Gemeindegewerbesteuer würden Mehreinnahmen von 3,5 Milliarden Euro in die hessischen öffentlichen Haushalte bringen. Damit lassen sich die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verbessern. Und damit lässt sich eine gute Bildung für alle verwirklichen.¹

Die Wertschätzung eines Arbeitgebers gegenüber seinen Beschäftigten drückt sich in guten Arbeitsbedingungen und einer guten Bezahlung aus. Tausende von Erzieherinnen und Erziehern und Lehrerinnen und Lehrern aus hessischen Kitas und Schulen haben durch ihre Streikaktivitäten deutlich gemacht, dass sie diese Wertschätzung vermissen.

Wir wollen Chancengleichheit und Bildungsmöglichkeiten für alle und erwarten endlich Antworten auf unsere berechtigten Forderungen:

- Ausbau des Kita-Angebots durch die Beseitigung der Finanznot der kommunalen Träger
- eine Vergütung für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst, die der Verantwortung und dem hohen Qualifikationsgrad der Beschäftigten entspricht
- eine bessere Bildung und Betreuung in Kitas und Schulen durch kleinere Gruppen
- ein Abbau des Sanierungsstaus bei den Schulgebäuden und der Bau neuer Schulgebäude bei wieder steigenden Schülerzahlen
- Rücknahme der Stundenkürzungen im Bereich der Oberstufe, der Grundschule und der Intensivklassen
- Bildung für alle Kinder aus Flüchtlingsfamilien in Kitas, Schulen, Hochschulen und Berufsausbildung
- Übertragung des Tarifergebnisses und der tariflichen Arbeitszeit auf die Beamtinnen und Beamten
- Einstellung der Disziplinarverfahren gegen Lehrerinnen und Lehrer, die das ihnen nach der Europäischen Menschenrechtskonvention zustehende Streikrecht in Anspruch genommen haben.

Die Einnahmen der öffentlichen Haushalte durch eine gerechte Steuerpolitik erhöhen!

Die Unterfinanzierung der Bildung beenden!

Arbeitsbedingungen und Entlohnung verbessern!

¹ Siehe dazu ver.di (2014) und Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (2011). Das ver.di-Konzept ist jüngst aktualisiert worden und enthält detaillierte Angaben zur Verteilung auf die einzelnen Bundesländer und ihre Kommunen. Auf diese aktuellen Zahlen wird hier Bezug genommen.